

Beobachtungen zur 50. Tagung des UN Menschenrechtsrates

13. Juni bis 8. Juli 2022

There is no doubt that the Council is the main platform that promotes universal respect for the protection of human rights.

*Abdulla Shahid, President of the UN General Assembly,
High-level Commemorative Event on the Occasion of the 50th Session of the HRC*

Auf den ersten Blick waren die Unterschiede zu den vorpandemischen Tagungen bei dieser 50. Tagung kaum noch zu erkennen. Diplomat*innen, NGO-Vertreter*innen, Journalist*innen, OHCHR-Personal und andere treffen im Palais des Nations aufeinander, geben Statements ab im Saal XX, treffen sich zu offiziellen Verhandlungen (die paradoxerweise „informals“ genannt werden) in benachbarten Räumen oder zu mindestens so wichtigen Besprechungen in der Bar oder auf den Fluren. Masken sind fast nirgendwo mehr gefordert, nur den Saal selbst darf man ohne nicht betreten – was zwar allen Corona-Erkenntnissen widerspricht, aber klaglos befolgt wird. Im Saal selbst bleibt knapp die Hälfte der Plätze meist leer, weil viele Delegationen weiterhin die Möglichkeit nutzen, ihre Stellungnahmen per Video oder Zoom einzubringen. Dies hat eine solche Selbstverständlichkeit erreicht, dass eine Rückkehr zu reinen Präsenzsitzungen kaum noch vorstellbar ist.

Einschränkungen sind vor allem durch die umfangreichen Bauarbeiten am Gebäudekomplex („Strategic Heritage Plan“) bedingt. Da deutlich weniger Räume für Verhandlungen zur Verfügung stehen, sind diese exklusiv für die Resolutionsverhandlungen reserviert. Veranstaltungen der Zivilgesellschaft müssen im wahrsten Sinne draußen bleiben und anders organisiert werden. Für NGOs ist daran besonders ärgerlich, dass diese „Side Events“ nicht (wie es früher üblich war) im offiziellen Sitzungskalender aufgeführt werden und damit die Sichtbarkeit deutlich geringer ist. Das Präsidium des MRR, zu dem in diesem Jahr auch die deutsche Botschafterin gehört, zeigt sich leider wenig verständnisvoll oder gar lösungsgewillt für dieses Problem.



Festakt zum 50. Jubiläum

Anlässlich der 50. Tagung des Menschenrechtsrates wurden am 15. Juni in einer Gedenkveranstaltungen die Errungenschaften des MRR seit seiner Gründung 2006 zu Recht gewürdigt und zugleich kritische Entwicklungen angesprochen. Wie immer bleiben Zweifel, ob die vielen guten Worte auch von den Redenden selbst beherzigt werden, wie etwas dies von einem mächtigen Mitglied des MRR: „[Members States are most credible when we do our part to confront challenges in our own countries](#)“. Besonders deutlich und treffend brachte die [EU in ihrem Statement](#) zum Ausdruck, was „den Herzschlag“ des MRR ausmacht: „*One of the strengths of this Council, its Special Procedures and the UPR, has to do with its*

convening power. Over time, an entire community has grown around the Council, consisting inter alia of victims of human rights violations and abuses, their family members, human rights defenders, scholars, media workers, National Mechanisms for Reporting and Follow-up and National Human Rights Institutions from all over the world, and this is where the beating heart of this Council really lies.“

Auch die [Hochkommissarin](#) betonte unstrittig, „by their very nature, human rights are universal. No human rights violation should be left aside, and all situations considered by the human rights mechanisms or the Council should warrant attention by the international community.“ Vor dem Hintergrund ihrer höchst umstrittenen [Pressekonferenz zum Ende ihres China-Besuchs](#) bekamen diese Worte allerdings einen bitteren Beigeschmack – hatte man doch erst kürzlich den Eindruck bekommen, sie ließe sich allzu sehr von der chinesischen Menschenrechtspropaganda vereinnahmen.



Umso seltsamer mutete denn auch die von Deutschland initiierte und vorgebrachte Lobrede auf die Hochkommissarin an, die zwei Tage zuvor das Ende ihrer Amtszeit angekündigt hatte und kurz zuvor noch sehr harsch auch [von Deutschland für ihren China-Auftritt kritisiert](#) worden war. Nicht wenige Spötter in Genf hielten diesen deutschen „Liebesbrief“ für unpassend.

China

Auch wenn manche einen Zusammenhang sehen wollen zwischen der Kritik an der jüngsten China-Performance der Hochkommissarin und ihrer Ankündigung am ersten Sitzungstag, nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren zu wollen, gibt es diesen nicht derart unmittelbar, denn ihre Entscheidung hatte sie engen Vertrauten schon weit früher mitgeteilt.

Die Hochkommissarin nutzte ihre [Rede zum Auftakt](#) der Tagung, die Gespräche und Ergebnisse ihrer China-Reise nochmals zu erläutern, zu denen auch die Vereinbarung mit der Regierung für ein jährliches Treffen zu Menschenrechten gehöre. Der Verweis auf einen Austausch mit Zivilgesellschaft fiel dabei eher knapp aus, was die Kritik von NGOs, sie schenke den Opfern und Aktivist*innen zu wenig Gehör, nur bestätigte. Bachelet erklärte, sie werde ihren Bericht zur Menschenrechtsslage in Xinjiang aktualisieren, der chinesischen Regierung Gelegenheit zur Kommentierung geben und ihn dann noch vor Ende ihrer Amtszeit veröffentlichen. China scheint indes seine Anstrengungen zu intensivieren, um die Veröffentlichung zu verhindern.

Zweifellos ist die teils vehemente Kritik an der Durchführung der Reise auch verbunden mit der mangelnden Transparenz um Reise und Bericht im Vorfeld sowie Erwartungen, die nicht mit der Realität von Mandat und Möglichkeiten der Hochkommissarin übereinstimmen. Nicht akzeptabel ist jedoch, wie die Hochkommissarin in ihrer Pressekonferenz die chinesischen Narrative (Ausbildungszentren, Antiterrormaßnahmen, Armutsbekämpfung, etc.) übernommen und damit der Regierungspropaganda das Wort geredet und diese



Michelle Bachelet
@mbachelet

Today, I briefed @UN_HRC, opening my last session as High Commissioner. I will not be seeking a second term for personal reasons. It is time to go back to Chile & be with family. I urge States to identify common ground to achieve solutions to our shared human rights challenges.

[Tweet übersetzen](#)

1:42 nachm. · 13. Juni 2022 · Hootsuite Inc.

1.714 Retweets 725 Zitierte Tweets 13.108 „Gefällt mir“-Angaben

sichtbar (in Form des ihr überreichten Xi Jinping Buches) in die Hand genommen hat. Den chinesischen Bemühungen, dem UN-Menschenrechtssystem nachhaltig eine „chinesische Prägung“ zu geben, hat sie damit einen beachtlichen Dienst erwiesen, wie die überaus wohlwollende Darstellung des Besuches durch China bestätigt. Aus der umfangreichen Berichterstattung zu den Folgen von Bachelets Agieren sei [dieser differenzierte Artikel](#) zur Lektüre empfohlen.

Einen wichtigen Kontrapunkt setzte das vom niederländischen Botschafter vorgetragene [Statement von 47 Staaten](#), für das auch Deutschland intensiv um Unterstützung geworben hatte. Darin wurden schwere Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang kritisiert, ebenso wie Verbesserungen in Hongkong und Tibet gefordert. Von der Hochkommissarin wurden mehr Informationen zu Restriktionen während des Besuchs erfragt und eine schnelle Veröffentlichung des lange angekündigten Berichts gefordert. Wenig überraschend gab es auch ein [Gegenstatement](#), vorgetragen von Kuba im Namen von 69 Staaten und veröffentlicht auf der Webseite der chinesischen Vertretung.

Israel/ OPT

Keine glückliche Rolle spielte Deutschland anlässlich der Präsentation des ersten Berichts der Unabhängigen Untersuchungskommission zu den Besetzten Palästinensischen Gebieten (OPT) und Israel, die in der Sondersitzung im [Mai 2021 vom MRR eingesetzt](#) worden war. Der [Bericht](#) beinhaltet vor allem eine Zusammenstellung bisheriger (überwiegend nicht umgesetzter) Empfehlungen von Untersuchungsgremien, Vertragsorganen, Sonderberichterstattem und aus dem UPR. Israel blieb dem Dialog fern. Die USA hatten - wenig überraschend - schon im Vorfeld eine [kritische Stellungnahme](#) angekündigt, die in den Verhandlungen aber offenbar noch abgeschwächt wurde und schließlich auch nur von 22 Staaten mitgetragen wurde. Bedauerlich ist, dass Deutschland (und nur 5 weitere EU Mitgliedsstaaten) dieses Statement mitgezeichnet hat, dessen Hauptkritikpunkt die zeitliche Unbegrenztheit des Mandates ist und damit eine Ungleichbehandlung Israels kritisiert wird. Die Vorsitzende der Kommission, Navi Pillay, mahnte in einer beeindruckend klaren Stellungnahme, dass Staaten ihre Freunde mit den gleichen Standards messen sollten wie ihre Freunde, und machte sehr deutlich, wie sachlich falsch die Kritik ist – denn auch die von USA, Deutschland und anderen Unterzeichnern getragenen Untersuchungsmandate zu Myanmar und Syrien (dieses mandatiert durch UN GV) sind zeitlich offen gehalten. Damit wird die Kritik an Doppelstandards ausgerechnet mit neuen Doppelstandards betrieben. Die Suche nach Verbündeten bei künftigen wichtigen Ländermandaten dürfte für Deutschland damit nicht einfacher werden. In der Debatte veranlassten nicht nur Staaten, sondern auch NGOs mit harschen und teils sehr emotionalen Statements den MRR-Präsidenten zu Ordnungsrufen.

Insbesondere die letzten 15 Minuten der [Debatte, die im UN-WebTV](#) abrufbar ist, mit den Stellungnahmen von Navi Pillay und einem flammenden Plädoyer von Chris Sidoti zum Missbrauch von Antisemitismus in der politischen Auseinandersetzung, sind überaus sehens- und hörenswert.

Afghanistan

„Afghanistan ist das einzige Land in der Welt, das Mädchen den Zugang zu Bildung verweigert. ... Wir wiederholen unsere Forderung nach einer Dringlichkeitsdebatte, um den Weg zu bereiten für den wirksamen Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Rechts



auf Bildung für Jungen und Mädchen gleichermaßen.“ Diese mehr als berechtigte Aussage (nachzuschauen [hier](#) ab 1:22) dürfte bei manche*r Zuschauer*in Verwunderung ausgelöst haben, denn vorgetragen wurde sie vom Vertreter Afghanistans im MRR. Noch scheinen die Taliban nicht gemerkt zu haben oder sich noch nicht darum kümmern zu wollen, dass die in Genf verbliebenen Diplomaten der verjagten Regierung versuchen, so viel wie möglich internationale Aufmerksamkeit für ihr Land zu bekommen. Wie lange sie das noch können werden, ist völlig ungewiss.

Umso besser also, dass Deutschland und andere ihre anfängliche Zögerlichkeit für eine Dringlichkeitsdebatte spätestens dann überwinden konnten, als die afghanischen Diplomaten selbst eine solche Debatte befürworteten. Auf Antrag der EU wurde also am 1. Juli im MRR über die Situation der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan diskutiert, wobei auch zahlreiche Frauen aus Afghanistan zu Wort kamen und die Entwicklungen als „gender apartheid“ bezeichneten. Die beschlossene Resolution, die die Taliban zur Gewährleistung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen auffordert, enthält zwar keine spezifischen Berichtsaufträge oder weitergehende Forderungen z.B. im Hinblick auf Accountability, ist aber mit ihrer Verabschiedung im Konsens (auf den sich schließlich auch Pakistan und China einließen) dennoch ein wichtiges Signal.

Russland

Auch in dieser Tagung wirkte sich der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf kritische Zivilgesellschaft in Russland selbst sowie auf die Nahrungsmittel- und Energieversorgung weltweit auf viele Debatten aus. Eine Initiative für ein Sonderberichterstatte-Mandat gab es dennoch nicht. In der EU war offenbar besonders Frankreich dagegen, aber auch Deutschland wollte diese Forderung nicht aufgreifen, u.a. weil man die Kapazitäten ganz auf Unterstützung für das China-Statement richten wollte. Immerhin gab es ein von Polen vorgetragenes [Statement](#) mit Kritik an den Einschränkungen der Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungs- und Pressefreiheit im Namen von 47 Staaten und eine gewisse Aussicht auf eine weitergehende Initiative in der Septembertagung.

Ein von Großbritannien vorgetragenes und gemeinsam mit Gambia initiiertes [Statement](#) zur Nahrungsmittelsicherheit im Namen von 67 Staaten war ein wichtiges Signal, dass der von Russland geführte Krieg weit über Europa hinaus gravierende Folgen hat und entsprechende Sorgen von Staaten des Globalen Südens geteilt werden und Gehör finden.

Libyen

Die notwendige Resolution für eine Verlängerung des Mandats der Fact Finding Mission (FFM) bereitete NGOs und vielen Staaten - auch Deutschland - schon vor der Tagung erhebliche Sorgen. Es war völlig unklar, ob die afrikanische Gruppe eine Resolution einbringen würde, oder ob andernfalls europäische Staaten einmal mehr „für“ ein

afrikanisches Land tätig werden sollten. Der von der FFM zur Tagung vorgelegte Report schildert das Ausmaß schwerster Menschenrechtsverletzungen durch Regierungskräfte und nichtstaatliche Gruppen im ganzen Land – Monitoring und Dokumentation jetzt aufzugeben und der Straflosigkeit freien Lauf zu lassen, wäre ein fatales Signal, zuallererst für die unzähligen Opfer im Land.

Um die Unterstützung Libyens sicherzustellen, wurde schließlich eine von der Afrikanischen Gruppe eingebrachte [Resolution](#) im Konsens angenommen, die das Mandat abschließend („final non-extendable“) um neun Monate verlängert.

Sudan

Auch im Hinblick auf den Sudan war die Zustimmung der Regierung wesentliches Kriterium für eine Resolution, die wenigstens die fortgesetzte Berichterstattung durch die Hochkommissarin und den designierten Experten sicherstellen sollte. In den Verhandlungen legten die sudanesischen Diplomaten großen Wert darauf, dass Verbesserungen der menschenrechtlichen Situation im Land anerkannt würden – was zynisch anmutet angesichts der fortgesetzten Tötung von friedlich Protestierenden durch Sicherheitskräfte, aber zugleich deutlich macht, wie wichtig es auch den schlimmsten Regierungen immer wieder ist, den „guten Ruf“ zu wahren. Verabschiedet wurde schließlich im Konsens eine von UK, Deutschland, Norwegen und USA verhandelte Resolution, die sich kurz und knapp auf das Notwendigste beschränkt, um eine Berichterstattung zunächst für ein weiteres Jahr sicherzustellen.

Gewalt und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI)

Die keinesfalls selbstverständliche Verlängerung des 2016 eingesetzten Mandats des Sonderberichterstatters zu diesem im MRR höchst umstrittenen Thema hatte schon im Vorfeld der Tagung für breite Mobilisierung durch die Zivilgesellschaft gesorgt. Auch einige Mitgliedsorganisationen des FMR hatten den [Appell](#) von 1.256 NGOs aus 149 Staaten mitgezeichnet. Innerhalb der EU war angesichts des Widerstands von Polen eine einheitliche Position nicht zu erwarten, Deutschland und andere warben somit einzeln um Unterstützung.

Die von sieben lateinamerikanischen Staaten eingebrachte Resolution mit 60 Co-Sponsoren verlängert das Mandat um weitere drei Jahre und verurteilt erstmals Gesetze, die einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex oder verschiedene Geschlechtsidentitäten kriminalisieren. 12 von 13 höchst kritische Änderungsanträge von Pakistan bzw. der OIC wurden teils sehr knapp abgelehnt und die [Resolution](#) schließlich mit 23 Ja, 17 Nein und 7 Enthaltungen (darunter Polen) angenommen.

Diskriminierung von Frauen und Mädchen

Auch über die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen zeigten sich (erneut) tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Es gab zahlreiche Änderungsanträge zur Resolution (Nigeria, Ägypten, Bahrain, Saudi Arabien, Russland, Irak, Mauretanien) und eine wenig erbauliche Debatte zu deren Abstimmungen. Kinder und Jugendliche, insbesondere

Mädchen, als Rechteinhaberinnen, deren Teilhabe und geistige wie körperliche Autonomie, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte – all dies wird von einer kritischen und zunehmende koordinierten Anzahl von Staaten prinzipiell in Frage gestellt. Dass die Resolution schließlich im Konsens verabschiedet wurde, sollte für zukünftige Beratungen keinesfalls als selbstverständlich erachtet werden.

Klimawandel und Menschenrechte

Der im März mandatierte Sonderberichterstatter zum Schutz von Menschenrechten im Kontext des Klimawandels, Ian Fry, stellte in dieser Tagung die [geplanten Prioritäten](#) seiner Arbeit vor. Dabei soll es u.a. gehen um Menschenrechtsschutz bei Anpassungs- und Finanzierungsmaßnahmen und bei der klimabedingten Vertreibung von Menschen, um verbesserte Gesetzgebung und Generationengerechtigkeit, Unternehmensverantwortung und neue Technologien – ein beachtliches Programm für einen (wie alle anderen) ehrenamtlich tätigen Berichterstatter mit minimaler Ausstattung durch das Hochkommissariat, an den große Erwartungen gerichtet sind.



Bei der Vorstellung seines ersten Berichts ebenso wie in einer nichtöffentlichen Diskussionsrunde wurde deutlich, wie eng die Themen Klimawandel und Menschenrechte auch ganz konkret miteinander verbunden sind: Die im November anstehende Klimakonferenz in Ägypten „COP27“ dürfte für Klima- und Umweltaktivist*innen, die daran teilnehmen wollen, mit erheblichen Risiken

verbunden sein, insbesondere für Zivilgesellschaft und Medien in Ägypten selbst. Ian Fry betonte, hierzu bereits im Austausch mit der ägyptischen Regierung zu sein – während von dort kein Nachlassen der Repressionen zu erkennen ist. Bei der Septembertagung wird sich zeigen, ob der MRR ein (längst überfälliges) deutliches Signal in Richtung Ägypten senden wird.

Weitere Themen

Wie immer kann dieser Bericht nur einen subjektiven Ausschnitt der gesamten Sitzung und von beschlossenen und ausgebliebenen Initiativen bieten. Weitere Resolutionen zu Ländern und Themen sind im Extranet zu finden. Manche nützliche Zusammenstellungen finden sich anschaulich auch anderswo:

Resolution Round-Up
50th Session - Human Rights Council

Special Procedures mandates renewed:

- Sexual orientation and gender identity
- Violence against women & girls
- Discrimination against women & girls
- Freedom of peaceful assembly & association
- Internally displaced persons
 - Eritrea
 - Libya
 - Belarus

Reporting and panels mandated for:

- Women & girls' rights in Afghanistan
- Human rights in Sudan
- Human rights and climate change
 - Firearms
 - Casualty recording

www.dfa.ie @IrelandUNGeneva